

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann, Willi Brase,  
Ulla Burchardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/8604 –**

### **Förderung der Bildungsforschung weiter vorantreiben**

#### **A. Problem**

Bildungsforschung, die Grundlage einer guten Bildungspolitik in den Kommunen, Ländern und im Bund ist, wurde über viele Jahre hinweg nicht hinreichend gefördert. Spätestens der „PISA-Schock“ Ende 2001 verdeutlichte mangelnde Wissensbestände über die Bildungssituation und signifikante Defizite in der Qualität von Bildungsangeboten in Deutschland.

Auf Initiative der Koalition von CDU/CSU und SPD beschloss die damalige Bundesregierung Ende 2007 ein neues Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung, mit welchem es in den folgenden Jahren gelang, diese zu verstärken, auszubauen, qualitativ weiterzuentwickeln und die internationale Vernetzung voranzutreiben. Ein bedeutender Bestandteil dieses Programms war die Einrichtung des Nationalen Bildungspanels, welches 2009 startete.

Notwendig ist jedoch eine konsequente Weiterentwicklung der Bildungsforschung, damit es gelingt, die erzielten Erfolge zu verstetigen und auf bisher noch zu wenig einbezogene Aspekte der Bildungsförderung auszuweiten.

#### **B. Lösung**

Um eine konsequente Weiterentwicklung der Bildungsforschung zu betreiben und um bislang zu wenig im Focus der Bildungsforschung stehende Aspekte mit einzubeziehen, soll die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden,

- die Mittel für die frühkindliche Bildungsforschung zu erhöhen, um unter anderem die Auswirkungen der frühkindlichen Bildung auf die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erforschen,
- die Mittel für die Ganztagsschulforschung zu erhöhen, um die Generierung des notwendigen Wissens für eine qualitätsorientierte Weiterentwicklung von Ganztagsschulangeboten zu fördern,

- im Rahmen der Weiterentwicklung des Rahmenprogramms Bildungsforschung ein Konzept zur Förderung der Forschung zur Verbesserung der Vermittlung einer wissenschaftlichen Grundbildung vorzulegen,
- der Untersuchung des Verhältnisses von Gesundheit und Bildung in der Bildungsforschung einen größeren Raum beizumessen und sicherzustellen, dass diesem Aspekt in der Arbeit des Nationalen Bildungspanels eine größere Beachtung geschenkt wird,
- die „Nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung“ weiter voranzutreiben und die Forschung und Entwicklung zur Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit für Erwachsene angesichts der inzwischen allgemein anerkannten, erheblichen Probleme in diesem Bereich über das bereits angekündigte Maß hinaus stärker zu fördern sowie insbesondere auch
- die Mitgliedschaft von Vertreterinnen und Vertretern der Landesparlamente und des Deutschen Bundestages im administrativen Beirat des Nationalen Bildungspanels sicherzustellen.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/8604 abzulehnen.

Berlin, den 9. Mai 2012

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Ulla Burchardt**  
Vorsitzende

**Marcus Weinberg (Hamburg)**  
Berichtersteller

**Oliver Kaczmarek**  
Berichtersteller

**Sylvia Canel**  
Berichterstellerin

**Dr. Rosemarie Hein**  
Berichterstellerin

**Kai Gehring**  
Berichtersteller

## Bericht der Abgeordneten Marcus Weinberg (Hamburg), Oliver Kaczmarek, Sylvia Canel, Dr. Rosemarie Hein und Kai Gehring

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8604** in seiner 165. Sitzung am 8. März 2012 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Bildungsforschung, die als Grundlage einer guten Bildungspolitik in den Kommunen, Ländern und im Bund anzusehen sei, sei über viele Jahre hinweg nicht hinreichend gefördert worden. Spätestens der „PISA-Schock“ Ende 2001 habe mangelnde Wissensbestände über die Bildungssituation und signifikante Defizite in der Qualität von Bildungsangeboten in Deutschland verdeutlicht.

Auf Initiative der Koalition von CDU/CSU und SPD habe die damalige Bundesregierung Ende 2007 ein neues Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung beschlossen, mit welchem es in den folgenden Jahren gelungen sei, diese zu verstärken, auszubauen, qualitativ weiterzuentwickeln und die internationale Vernetzung voranzutreiben. Ein bedeutender Bestandteil dieses Programms sei die Einrichtung des Nationalen Bildungspanels gewesen, welches 2009 gestartet sei. Hierbei würden über viele Jahre hinweg 60 000 Personen wiederholt befragt und erstmals eine umfassende Datensammlung zur Kompetenzentwicklung, zu Bildungsprozessen und -entscheidungen erstellt werden.

Insbesondere in der frühkindlichen Bildung seien wichtige Forschungsprojekte gestartet und weiterentwickelt worden.

Ungeachtet der großen Bedeutung und der Fördermaßnahmen des Bundes, der Länder und der außeruniversitären Forschungsorganisationen gebe es Bereiche, denen noch zu geringe Bedeutung beigemessen werde. Auch gebe es Kritik an einigen Strukturentscheidungen in der Bildungsforschung.

Besonderer Forschungsbedarf existiere bspw. bei der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Zuwenig würden auch Projekte gefördert, die sich mit den baulichen Rahmenbedingungen von Bildungsangeboten auseinandersetzen. Gleiches gelte für Projekte zum E-Learning/Distance Learning. Darüber hinaus habe der Bund in den letzten vier Jahren keine Forschungsförderung einer wissenschaftlichen Grundbildung gefördert.

Notwendig sei jedoch eine konsequente Weiterentwicklung der Bildungsforschung, damit es gelinge, die erzielten Erfolge zu verstetigen und auf bisher noch zu wenig einbezogene Aspekte der Bildungsförderung auszuweiten.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 25. April 2012 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8604 abzulehnen.

Der mitberatende **Ausschuss für Arbeit und Soziales** und der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** haben jeweils in ihren Sitzungen am 25. April 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8604 abzulehnen.

Der mitberatende **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** sowie der **Ausschuss für Kultur und Medien** haben jeweils in ihren Sitzungen am 9. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8604 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 73. Sitzung am 9. Mai 2012 die Vorlage abschließend beraten und empfiehlt Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8604 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Die **Fraktion der SPD** führt aus, die Bildungsforschung habe durch den „Pisa-Schock“ und die darauffolgende empirische Welle in den letzten Jahren enorm an Stellenwert gewonnen. Sie liefere Steuerungswissen im Hinblick auf die Wirksamkeit bildungspolitischer Entscheidungen und teilweise auch im Hinblick auf Effizienz. Der Nationale Bildungsbericht sei vor diesem Hintergrund auszubauen. Zum anderen liefere die Bildungsforschung Informationen über den Stand der Qualitätsentwicklung im Bildungswesen. Dieser sogenannte „Monitoringaspekt“ stehe nicht nur der Administration und der Politik zur Verfügung, sondern auch einzelnen Bildungseinrichtungen, die beispielsweise Standortbestimmungen vergleichen könnten. Dazu müssten Evaluations- und Fortbildungspakete geschnürt werden, was Aufgabe der Träger der Bildungseinrichtungen in den Ländern sei.

Im Jahr 2007 habe man mit dem Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung den richtigen Weg beschritten. Nun stelle sich die Frage, was nach dem Auslaufen der fünfjährigen Förderperiode geschehe. Es müsse nachgedacht werden, ob weitere Felder zu ergänzen seien und wie man mit der finanziellen Unterstützung umgehe. Die Bundesregierung solle erklären, welche Erkenntnisse und Schlussfolgerungen sie aus der Förderperiode ziehe.

Aus Sicht der Fraktion der SPD seien auch neue Themen in die Bildungsforschung zu integrieren. So sei die Erforschung der Wirksamkeit der Lehrerbildung im Unterricht ein Forschungsfeld von hohem allgemeinen Interesse, das keinesfalls einer Kompetenzdiskussion zum Opfer fallen dürfe. Auch die Inklusion könne ein eigenständiger Forschungsbereich in der Bildungsforschung werden. Der Nationale Aktionsplan sei insofern inhaltlich unzureichend und finanziell nicht hinreichend hinterlegt. Zusätzlich müsse man über Bildungsräume sprechen. Die Lehrqualität an Hochschulen sei ein in der Bildungsforschung weithin noch unbeschriebenes Feld. Darüberhinaus weise man auf die Notwendigkeit hin, die Bildungsforschung im Rahmen der europäischen Forschungsförderung zu einem eigenen Schwerpunkt zu machen.

Der Antrag der Fraktion der SPD solle ein Anstoß sein, die Bildungsforschung auch nach Auslaufen der Förderperiode des Rahmenprogramms weiterzuentwickeln. Zudem wolle man die Wertschätzung für Bildungsforschung zum Ausdruck bringen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** entgegnet, die Forderungen der SPD-Fraktion seien in weiten Teilen bereits erfüllt. Insofern sehe man keine Notwendigkeit, dem Antrag zuzustimmen. Seit 2007 arbeite man daran, die Bildungsforschung „auf eigene Füße“ zu stellen. Das Bildungspanel und der Bildungsbericht lieferten zunehmend ein geschlossenes Bild über Bildungswirkung und Bildungsentfaltung. Diese Intensivierung seitens des Bundes sei auch als Ergebnis der Föderalismusreform gedacht gewesen.

Der Forderungskatalog der Fraktion der SPD enthalte z. B. eine nach Mittelerhöhung für die frühkindliche Bildungsforschung, welche aber von der Bundesregierung bereits vollzogen werde. Dazu trügen die Weiterbildungsinitiative „Frühpädagogische Fachkräfte“ und die bezugnehmende Forschung bei. Andere, den Forderungskatalog bereits umsetzende Projekte seien die Begleitforschung zur laufenden Initiative „Frühe Chancen“ mit dem Schwerpunkt „Kitasprache und Integration“, die Initiative „Haus der kleinen Forscher“ sowie die Medienqualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern.

Das Forschungsvorhaben der SPD zur Rolle des Geschlechts der Lehrenden und Lernenden im Sinne einer gendersensiblen Pädagogik sei keinesfalls ein Pilotprojekt. Auch in diesem Bereich gebe es bereits eine Reihe von Vorhaben, zum Beispiel „Gender-Kompetenz als innovatives Element der Professionalisierung der Lehrerinnenausbildung für das Fach Mathematik“ der Universitäten Bielefeld, Hamburg und Gießen, welches im BMBF-Programm „Zukunftswerkstatt Hochschullehre“ von 2008 bis 2010 gefördert worden sei sowie das Vorhaben „Lehre, Wirksamkeit und Intervention – Einstellung von Lehrenden zur Lehre“.

Zum Thema „Ganztagsschulforschung“ gebe es bereits eine Studie des BMBF zur Entwicklung der Ganztagsschulen unter Beteiligung aller 16 Bundesländer. Auch dort gebe es demnach nicht die behaupteten Defizite. Es existierten Forschungsvorhaben zur Verbesserung der Vermittlung einer naturwissenschaftlichen Grundbildung in erheblichem Umfang – zu nennen sei der Schwerpunkt „Professionalisierung des pädagogischen Personals“.

Zwar gebe es eine Übereinstimmung in der Bewertung der Bildungsforschung, jedoch sei das Geforderte weitgehend erfüllt. Man werde dem Antrag daher nicht zustimmen.

Die **Fraktion der FDP** pflichtet den durch die Fraktion der CDU/CSU vorgebrachten Ausführungen bei. Man werde den Antrag ablehnen, da grundsätzliche Defizite nicht identifiziert würden. Die Antragsteller beschränkten sich darauf, noch größere Anstrengungen für die einzelnen Bildungsbereiche einzufordern. Der Antrag entbehre zudem einer Schwerpunktsetzung sowie einer Konkretisierung des geforderten Aufwuchses.

Der Ausbau der Forschungskapazitäten in der Bildungsforschung sei rapide vorangetrieben worden und stoße möglicherweise bereits an Grenzen, da es an entsprechend qualifiziertem Personal fehle. Dieses Problem greife der SPD-Antrag nicht auf.

Die **Fraktion DIE LINKE** befürwortet den in Rede stehenden Antrag größtenteils, insbesondere die stärkere Einbeziehung der Länderparlamente in die Arbeit des Nationalen Bildungspanels. Man unterstütze die Forderung einer stärkeren Erforschung der Bedingungen und Zusammenhänge der Inklusion und wolle auch die Beachtung der räumlichen und technischen Voraussetzungen als einen Gegenstand der Forschung mit einbezogen wissen. Diesbezüglich müsse man alle unterschiedlichen Akteure bedenken. So könnten die Kommunen, die für die Bereitstellung der Räume zuständig seien, derzeit nicht entscheiden, welche Voraussetzungen man in allgemeinbildenden Schulen für die inklusive Bildung brauche. Auch hinsichtlich der allgemeinbildenden Schulen gebe es eine Wissenslücke.

Ein weiteres Problem sei die Frage des Umgangs mit Alphabetismus. Die „leo. – Level-one-Studie“ zeige einen immensen Forschungsbedarf sowohl hinsichtlich der Entstehung in der Schule als auch nach „erfolgreichem“ Schulabschluss.

Problematisch sei indes die Ausrichtung des Antrags auf den Nachteilsausgleich. Zwar befürworte man diesen, jedoch müsse Bildungsforschung auch eine präventive Wirkung entfalten. Man brauche in der gesamten Bildungsforschung eine Umsteuerung und eine Klärung der Frage, wie man mit heterogenen Lerngruppen umgehe.

Darüber hinaus enthalte der Antrag keine hinreichenden Aussagen über die Finanzierung, er beziehe sich lediglich auf das von der Bundesregierung vorgegebene Finanzierungsvolumen. Dabei sei eine deutliche Unterfinanzierung des Forschungsfeldes zu vermerken. Hierzu gehöre ebenso eine ordentliche Bezahlung der Bildungsforscherinnen und Bildungsforscher. Gerade in deren Bereich sei eine „Prekarisierung“ der Arbeit zu konstatieren.

Man werde sich enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt fest, dass man die durch den Antrag der Fraktion der SPD angestoßene Diskussion begrüße. Die Bedeutung der Bildungsforschung werde unterstrichen. Gute Bildungsforschung könne einen aktiven Beitrag für eine wissenschaftsbasierte Gestaltung und Weiterentwicklung moderner bildungspolitischer Rahmenbedingungen leisten. Deshalb habe man sich in der Vergangenheit Handlungsempfehlungen im Nationalen Bildungsbericht gewünscht. Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei die Umsetzung der Erkenntnisse aus der Bildungsforschung wichtig. Dazu sei die Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich ein wichtiger Beitrag.

Ein weiteres Ziel sei es, größtmögliche Transparenz über die Daten und die Ergebnisse herzustellen, um einen freien, offenen wissenschaftlichen Diskurs darüber stattfinden zu lassen.

Zudem sei die stärkere Einbeziehung der Landes- und Bundesparlamentarier bei der Entwicklung überlegenswert. Zunächst müsse man über regelmäßige Berichtspflichten oder eine verbindlichere Gestaltung der Diskussionsprozesse sprechen.

Weiter teile man die Einschätzung über die Forschungsdefizite. Bildungsforschung müsse stärker darauf ausgerichtet werden, über den Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt, Diversity und Heterogenität zu forschen. Die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention, Inklusion, die Themen „Alphabetisierung“ und „Grundbildung“ stellten eine wichtige Basis dar.

Schließlich sei die Verzahnung mit der europäischen Bildungsforschung verbesserungswürdig. So müsse – entsprechend dem Antrag der Fraktion der SPD – im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms „Horizon 2020“ ein eigenständiger Bereich „Bildungsforschung“ implementiert werden.

Man könne dem Antrag insgesamt zustimmen.

Die **Bundesregierung** merkt an, die Forderungen einer Implementierung von Handlungsempfehlungen in den Nationalen Bildungsbericht sei keineswegs neu. Die Wissenschaft spreche sich jedoch gegen quasipolitische Ableitungen aus

den Erkenntnissen aus. Die Interpretation solle dem Bundestag und der Bundesregierung überlassen bleiben.

Darüber hinaus gewinne der Nationale Bildungsbericht durch ein hohes Maß an Kontinuität von Jahr zu Jahr an Aussagekraft. Diese müsse man beibehalten. Das Sonderthema, das spezifisch auf die Ist-Situation untersucht werde, sei dieses Jahr die kulturelle Bildung. Anregungen hierzu würden aufgenommen und im Diskussionsprozess mit den Ländern eingebracht.

Die Bildungsforschung sei im Aufbruch und weise eine derart hohe Dynamik auf, dass sich die Implementierung im pädagogischen Alltag als schwierig erweise. Das Thema der Homogenität sei jedoch zentral. Daher werde vorgeschlagen, den zuständigen Berichterstattern einen umfangreichen Tagungsband der Fachkonferenz zur Verfügung zu stellen.

Die Transparenz der Daten sei Bestandteil guter wissenschaftlicher Arbeit. Diese stelle man im eigenen Einflussbereich sicher.

Im Übrigen wolle die Bundesregierung mehr europäisch-vergleichende und gesamteuropäische Bildungsforschung. Deren Realisierung gestalte sich jedoch schwierig, da Vergleichbarkeit nicht von jedermann geschätzt werde. Die Bildungsforschung auch im Programm „Horizon 2020“ besser zu verankern, werde als Aufgabe aus der Aussprache mitgenommen werden.

Berlin, den 9. Mai 2012

**Marcus Weinberg (Hamburg)**  
Berichterstatter

**Oliver Kaczmarek**  
Berichterstatter

**Sylvia Canel**  
Berichterstatterin

**Dr. Rosemarie Hein**  
Berichterstatterin

**Kai Gehring**  
Berichterstatter



